

# **INTERNATIONALES ABENDPODIUM: FOR THE MANY, NOT THE FEW!**

## **EUROPAWEIT IN BEWEGUNG FÜR GUTE ARBEIT**

Gegen "Null"-Verträge, Flexijobs und für humane Arbeitszeiten: Auf dem internationalen Podium schilderten Vertreter\*innen aus fünf Ländern ihren Einsatz für gute Arbeit überall in Europa. Bericht von Jörg Staude über ein Podium der Konferenz «Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis» am 27.4.2018 in Berlin.

Einen europaweiten Querschnitt über die Kämpfe der Beschäftigten um gerechte Löhne und humane Arbeitszeiten bot auf der Tagung zum "Neuen Normalarbeitsverhältnis" die abschließende internationale Runde. Unter dem Titel "**For the many, not the few! Europaweit in Bewegung für gute Arbeit**" berichteten Gewerkschafter und linksorientierte Politiker\*innen aus Schweden, Großbritannien, Belgien, der Schweiz und Deutschlands über ihre Erfahrungen.

Zum Auftakt schilderte **Ana Süssner Rubin** von der Vänsterpartiet, der Schwedischen Linkspartei, und Autorin eines Reports zur Arbeitszeitverkürzung die Umsetzung einer "Kurzen Vollzeit" - eines 6-Stunden-Arbeitstages - in Pilotprojekten in Schweden. (siehe Veranstaltungsdoku). Die schwedische Linkspartei, betonte die Gewerkschafterin zunächst, setze sich klipp und klar für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit für alle Arbeitnehmergruppen ein und das bei vollem Lohnausgleich. Für die Linke sei es dabei "sonnenklar", dass der Lohnausgleich nicht von den Beschäftigten selbst bezahlt werden darf.

Als Gewerkschaftssekretärin befasse sie sich, sagte sie, seit 15 Jahren mit dem Thema Arbeitszeitverkürzung und konstatierte, dass sich die gesellschaftliche Stimmung in Schweden in Richtung Arbeitszeitverkürzung gedreht habe. Vor 10 bis 15 Jahren sei man für diese Forderung noch verlacht worden, nun stehe die Arbeitszeitverkürzung aktuell auf der Tagesordnung der Politik, ist eine der heißen Fragen des laufenden Wahlkampfes in Schweden. Noch immer, betonte Rubin, würden in Schweden eine Million Beschäftigte, in der Mehrheit Frauen, unfreiwillig in Teilzeit arbeiten. Diese Frauen blieben in einem Kreis der Ungleichheit gefangen. Weil sie zu Hause den größten Teil der Hausarbeiten übernahmen, könnten sie nur in Teilzeit tätig sein, erhielten geringere Löhne und seien weiter vom Partner ökonomisch abhängig.

Erkenntnisse aus ihren Forschungen zur Arbeitszeitverkürzung legte Ana Süssner Rubin in einem Report mit dem Titel "Kampf um die Zeit" nieder. Diese Arbeit habe ihr, wie sie sagte, das Selbstvertrauen gegeben, um die Pilotprojekte anzugehen. Mit einem davon, das 2015 bis 2017 in einem Göteborger Seniorenheim - dem Svatedalen Altenheim - stattfand, sollte der Nachweis geführt werden, dass es möglich ist, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen. Rund 60 Pflegekräfte konnten dabei sechs statt acht Stunden bei vollem Lohn arbeiten. 14 neue Beschäftigte kamen hinzu.

Die Gewerkschaftssekretärin bestätigte dabei Angaben, dass die Mehrkosten über die zwei Jahre bei etwa einer Million Euro lagen. Die Effekte der Arbeitszeitverkürzung lassen sich für Rubin aber nur wenig in Geld ausdrücken. Aus ihrer Sicht wurde mit der "Kurzen Vollzeit" vor allem der Trend gebrochen, dass die harte Arbeit im Pflegeheim den Krankenstand nach oben treibt. Die Beschäftigten waren deutlich zufriedener bei der Arbeit. Auch legte die Effizienz zu, weil die Mitarbeiter in den sechs Stunden konzentrierter tätig sein konnten. Für die schwedische Gewerkschaftssekretärin ergab sich insgesamt eine "Win-win-Situation". Die Zahl der durch Krankheit oder andere Ausfälle verlorenen Arbeitstage ging zurück. Einen Teil der Mehrkosten konnte die Stadt so gegenfinanzieren. Diese positiven Effekte hätten sich, so Rubin, auch bei anderen Pilotprojekten gezeigt, so beim Autobauer Toyota und in kommunalen Krankenhäusern.

Auf Nachfrage erörterte die Gewerkschafterin auch, ob die "Kurze Vollzeit" auf Landesebene finanzierbar ist. Das würde nach den Berechnungen rund 380 Milliarden schwedische Kronen (etwa 36 Milliarden Euro) jährlich kosten. Zuletzt habe die Regierung, so Rubin, stattdessen aber Steuerentlastungen von 140 Milliarden Kronen beschlossen - obwohl die Mehrheit der Bürger gegen diese Entlastungen war und sich eher für die generelle Einführung der 6-Stunden Woche ausgesprochen habe.

Im Vergleich zu Schweden hat sich die Lage der Gewerkschaften und der Beschäftigten in Großbritannien in den letzten Jahren enorm verschlechtert, schilderte anschließend **Jon Lansman vom Board der Labour Party und Vorsitzender der Corbyn-Unterstützer-Organisation Momentum**. Er, sagte Lansman rückblickend, habe schon in den 80er Jahren für die 35-Stunden-Woche gekämpft und es sei nicht unrealistisch, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen.

Allerdings habe sich durch die herrschende Politik in Großbritannien die Ungleichheit unter den Bevölkerungsgruppen und zwischen den Landesteilen dramatisch verschärft. Aus einigen Regionen Großbritanniens sei die Industrie völlig verschwunden - das seien meist auch diejenigen, in denen die Mehrheit für den Brexit stimmte. Auch die Gewerkschaften, analysierte Lansman, verloren in den letzten Jahrzehnten an Kraft. Die Tarifbindung sei zurückgegangen und die Gewerkschaften spielten in Tarifverhandlungen eine nur noch untergeordnete Rolle. Zudem gebe es unablässig Angriffe und Attacken der Politik auf das Streikrecht. Die Arbeitgeber hätten jetzt viele Möglichkeiten, Ausstände zu verhindern. Auch die Rechte der Beschäftigten am Arbeitsplatz wurden eingeschränkt. Es sei sehr teuer für sie geworden, ihre Rechte vor Gericht einzuklagen.

Lansman beklagte weiter sinkende Reallöhne und Kürzungen beim Rentenprogramm in Großbritannien. Der Anteil der prekären Beschäftigung wachse, immer mehr greife eine sogenannte "falsche Selbständigkeit" um sich. Mit dieser wollten die Unternehmen Sozialkosten sparen. Inzwischen, so Lansman weiter, seien so genannte "Null"-Verträge weit verbreitet. Bei diesen haben die Beschäftigten kein Anrecht auf eine regelmäßige Arbeit - wenn aber Arbeit zu erledigen ist, dann seien die Menschen verpflichtet, diese zu tun. Viele hätten inzwischen vier bis fünf Beschäftigungsverhältnisse, um über die Runden zu kommen.

Für die Labour-Partei und ihren Vorsitzenden, Jeremy Corbin, gehöre es deswegen zu den wichtigsten politischen Zielen, die Macht der Gewerkschaften wiederherzustellen, betonte Lansman. Die Macht des Staates, der die Gewerkschaften geschwächt habe, solle nun für das Gegenteil, deren Stärkung also, genutzt werden. Zu den Zielen von Labour gehörten weiter, Niedriglöhne abzuschaffen - diese sollten aber nicht durch einen Mindestlohn, sondern durch einen existenzsichernden Lohn ersetzt werden, mit dem sich die Menschen wirklich über Wasser halten können. Labour wolle auch, betonte Lansman, den großen Abstand zwischen den niedrigsten und den höchsten Löhnen verringern, indem die höchsten Löhne begrenzt werden.

Über die Versuche, in der Schweiz in den letzten Jahren die Rechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften zu stärken, berichtete **Cédric Wermuth, Vize-Präsident der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei (SP)** im Schweizer Parlament.

In den 1990er Jahren habe die Schweiz, so Wermuth, praktisch keine Arbeitslosigkeit gekannt. Diese sei zum einen durch die Ausbeutung billiger ausländischer Arbeitskräfte praktisch exportiert worden, zum anderen seien die Frauen zu der Zeit "noch nicht auf die Idee gekommen, selbst arbeiten zu gehen", erklärte Wermuth augenzwinkernd. Die rechtliche Gleichstellung der Frau in der Schweiz sei im letzten Kanton erst 1991 durchgesetzt worden.

In der Schweiz liege, so Wermuth, die durchschnittliche reale Arbeitszeit bei 43 Stunden. Wie in Europa üblich sei der Anteil der Teilzeitarbeit unter Frauen höher. Nach Wermuths Einschätzung fand in der Schweizer Gewerkschaftsbewegung, beginnend in den 1990er Jahren, eine "Linksverschiebung" statt. Es habe erfolgreiche Lohn-Kampagnen sowie zur Rente mit 60 auf dem Bau gegeben. Die größte Gewerkschaft des Landes, die UNIA, werde seit einigen Jahren von einer Frau geführt. In den letzten Jahren habe es so viele Streiks gegeben, wie im ganzen Jahrzehnt davor nicht.

Auch Wermuth sprach sich dafür aus, Fragen einer Arbeitsmarktregulierung politisch, also mit den Möglichkeiten des Staates, anzugehen. Allerdings, so räumte er ein, seien dafür mit den plebiszitären Elementen des demokratischen Systems in der Schweiz nicht gerade einfache Bedingungen gegeben. So

wurde 2014 die Volksinitiative zur Einführung eines Mindestlohns, die von der SP unterstützt worden war, mit deutlicher Mehrheit von den Schweizern abgelehnt. Ziel der Initiative war eine Anpassung der Schweizer Verfassung, die den Bund und die Kantone verpflichtet hätte, die Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen zu fördern. Außerdem wurde ein gesetzlicher Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde bzw. 4000 Franken pro Monat gefordert. Ausnahmen sollten in Absprache mit den Sozialpartnern möglich sein.

Auch die 1-zu-12-Volksinitiative für gerechte Löhne, die besonders von den Jungsozialisten unterstützt wurde, erhielt 2013 nicht die nötige Mehrheit bei den Schweizern, räumte Wermuth weiter ein. Das Volksbegehren hatte gefordert, dass niemand mehr als zwölf Mal soviel verdienen darf wie die schlechtest bezahlten Mitarbeiter im selben Unternehmen. Der Schweizer Sozialdemokrat sprach sich dennoch dafür aus, den öffentlichen Diskurs fortzusetzen und diesen insbesondere in Richtung einer Demokratisierung der Wirtschaft zu führen. Ein verbindendes Element könnte aus seiner Sicht eine Debatte über die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche sein, dazu gehörten eine Stärkung der Genossenschaften sowie ein Umbau des öffentlichen Dienstes in Richtung mehr Mitbestimmung.

**Alice Bernard von der Partei der Arbeit Belgiens (PTB/PvdA)** berichtete dann, wie sich die Gewerkschaften in ihrem Land gegen die weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes wehren. Die Regierung fahre derzeit eine wahre Offensive gegen die Werkstätigen und behaupte, es gehe dabei um eine "Modernisierung" des Arbeitsmarktes - in Wirklichkeit aber sei dessen weitere Flexibilisierung das Ziel, betonte Bernard.

Seit 2015 gebe es dazu neue Formen von Flexijobs in Belgien. Wie in Großbritannien mit den "Null"-Verträgen würden Arbeitsverträge nicht mehr mit einer festen Arbeitszeit, sondern auf Abruf vereinbart, der Lohn liege unter dem Mindestlohn und es würden so gut wie keine Sozialbeiträge gezahlt. Anfangs waren die Flexijobs, so Bernard, noch auf den sogenannten Horeca-Sektor - Hotel, Restaurant und Catering - begrenzt gewesen - nun aber wolle die Regierung den Geltungsbereich deutlich ausweiten.

Für Alice Bernard wird auf diese Weise die zunehmende Individualisierung der Arbeit ausgenutzt, um letztlich die Position der Beschäftigten zu schwächen. Rechte aus der Vergangenheit wie ein Beamtenstatus würden von der Regierung zu Privilegien erklärt - in Wahrheit aber seien diese Rechte keine "Privilegien", sondern Teil eines sozialen Schutzsystems, erklärte die linke Politikerin. Gegen diese Entwicklung wolle man in Belgien, betonte sie, eine starke Gegenöffentlichkeit schaffen. Die Partei der Arbeit habe dazu eine Kampagne gestartet, die - wie in der so genannten Carrefour-Kampagne - nach den wirklich Privilegierten in der Gesellschaft frage.

Hintergrund: Die Carrefoure-Kette gehört zu den größten Handelsketten Belgiens wie ganz Europas. Ein Mitbesitzer und Milliardär lebt aber beispielsweise in Spanien, weil er dort, wie Bernard anprangerte, keine Vermögensteuer zahlen muss - die Putzfrauen, die bei Carrefour aber arbeiteten, zahlten mehr Steuern als der Milliardär.

Bernard konstatierte auf eine Nachfrage hin eine erfolgreiche Entwicklung der PTB. Von 8.000 Mitgliedern im Jahr 2000 sei die Partei allein bis 2010 schon auf 14.000 Mitglieder gewachsen. Eine Besonderheit sei, dass die Partei über Betriebsgruppen verfüge und so nicht nur das Ohr nahe an den Beschäftigten habe. Es gebe zudem auch eine Art "Alarmkette", mit der man in kurzer Zeit Mitglieder mobilisieren kann.

Auf die europäischen Rahmenbedingungen für die gewerkschaftlichen Kämpfe ging **Harald Wolf, Bundesgeschäftsführer der LINKEN**, ein. Für ihn sind die Folgen der Finanzkrise in Europa in den Jahren 2008 und 2009 keineswegs überwunden.

Wolf begründete das unter anderem mit einer enormen Zunahme der atypischen Beschäftigung. Diese habe in der EU inzwischen einen Anteil von 36 Prozent. Das gesamte Arbeitsvolumen liege aber noch immer um vier Prozent unter dem Vorkrisenniveau - aus beiden Zahlen zusammen schloß Wolf auf eine extrem ungleiche Verteilung von Arbeit, vor allem auf einen massiven Anstieg von Minijobs, von prekärer und Teilzeit-Arbeit. So nahm der Anteil der Teilzeitarbeit unter der gesamten Beschäftigung Jugendlicher von 2008 von 25,6 auf 32,6 Prozent 2016 zu. Parallel fänden, betonte Wolf weiter, "massive Angriffe" auf das Tarifvertragssystem statt, dieses werde teilweise - wie in Griechenland - "vollständig geschreddert".

Angesichts dessen hielt der Bundesgeschäftsführer der LINKEN eine europäische Auseinandersetzung um die Wiederherstellung eines Normalarbeitsverhältnisses oder gar für ein "Neues Normalarbeitsverhältnis" für einen zentralen Punkt. Anlässlich der Europawahlen 2019 schlug Wolf vor, dieses Thema europäisch

koordiniert über Parteigrenzen hinweg und zusammen mit den Gewerkschaften aufzugreifen und Druck auf die Staaten aufzubauen.

Wolf pflichtete Lansman bei dessen Ansatz bei, dass es gelte, die Möglichkeiten des Staates zu nutzen und den Trend umzukehren, dass über staatliche Maßnahmen, über Gesetze und Richtlinien eine Deregulierung des Arbeitsmarktes stattfindet und die Rechte der Beschäftigten ausgehöhlt werden. "Ich möchte, dass das umgekehrt wird", erklärte Wolf. Zwar habe die EU-Kommission jüngst eine Säule der sozialen Rechte formuliert. "Das hört sich alles wunderbar an, ist aber im wesentlichen Lyrik", schätzte der Politiker ein. Es gebe keine Verbindlichkeit, alles werde in die Verantwortung der nationalen Regierungen gelegt.

Der Bundesgeschäftsführer plädierte des Weiteren dafür, den Kampf um Arbeitszeitverkürzung und eine gerechte Verteilung der Arbeit auch als Kampf um Gleichberechtigung zu sehen, als einen Kampf, der mit "feministischen Inhalten aufgeladen werden muss." Dazu brauche es entsprechende Bündnisse. Für Wolf tut hier auch ein Weg auf, um den massiven Spaltungstendenzen in der Gesellschaft zu begegnen. Bei den Auseinandersetzungen im Care-Bereich gehe es für ihn nicht nur um Kämpfe um Tarife und Arbeitszeit, sondern auch um die Frage, wie in dieser Gesellschaft Care-Arbeit generell organisiert wird.

Auch beim Thema Migration sprach sich Wolf dafür aus, auf die gemeinsamen Interessen hinzuweisen. Migration werde für Dumping-Löhne genutzt. "Hier kommt es darauf an, zu zeigen, dass es eine gemeinsame Kampffront gibt und nicht gegeneinander gearbeitet werden darf", betonte Wolf.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Beschäftigungslage in ihren Ländern waren sich die Podiumsteilnehmer einig, dass die Zusammenarbeit unter den Gewerkschaften in Europa deutlich verbessert werden muss, um internationalen Konzernen wie Amazon die Stirn bieten zu können. Noch zu sehr würden sich Gewerkschaften darin aufreiben, sich gegenseitig Steine in den Weg zu legen. "Solidarität sollte jede Gewerkschaft leben", brachte es Lansman am Ende auf den Punkt.